

S7 Bildungsurlaub, aber richtig!

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 07.10.2023

Antragstext

1 Wir fordern eine Novellierung des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes.
2 Bildungsurlaub ist eine gewerkschaftliche Errungenschaft, die grundsätzlich
3 allen Arbeitnehmer:innen und Auszubildenden zur Verfügung stehen muss.

4 Eine Bildungsfreistellung ermöglicht es Beschäftigten, sich ohne finanzielle
5 Einbußen oder Reduzierung des Erholungsurlaubs vielseitig weiterzubilden. In
6 einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt kann das ein Baustein sein, sich neue
7 Fähigkeiten anzueignen und zu qualifizieren. Aber Bildungsurlaube fördern nicht
8 ausschließlich die Verwertungslogik der Arbeitswelt. Vielmehr wird ein Raum
9 geboten, sich auch fachfremd und abseits des Arbeitsalltags mit der eigenen
10 physischen oder psychischen Gesundheit oder aber mit Interessenfeldern zu
11 beschäftigen.

12 Aus diesen Gründen wollen immer mehr Thüringer:innen die Möglichkeiten nutzen,
13 um sich von der Arbeit freustellen zu lassen. Derzeit gibt es allerdings noch
14 einige Hemmnisse, die verhindern, dass der Bildungsurlaub für alle Beschäftigten
15 in Thüringen attraktiv ist:

- 16 • In kleinen Betrieben mit bis zu fünf Mitarbeiter:innen gibt es gem. § 3
17 Abs. 6 ThürBfG bislang keinen Anspruch auf Bildungsurlaub. Das ist nicht
18 tragbar. Daher fordern wir, dass alle Beschäftigten unabhängig von der
19 Betriebsgröße die Chance haben, den vollen Bildungsurlaub zu nehmen. Die
20 bisherigen Nutzungszahlen zeigen, dass die vormals angebrachten Bedenken
21 hinsichtlich eines Überlastungsschutzes für kleinere Betriebe keinen
22 relevanten Ablehnungsgrund darstellen.
- 23 • Auszubildende dürfen gem. § 3 Abs. 4 ThürBfG entgegen anderen
24 Beschäftigten maximal drei Tage Bildungsurlaub pro Jahr nehmen. Damit
25 werden Azubis zu Arbeitnehmer:innen zweiter Klasse degradiert. Wir fordern
26 daher, dass auch Beschäftigte in der Berufsausbildung den vollen
27 Bildungsurlaub nehmen können. Gerade Seminare für junge Menschen dauern
28 häufig fünf Tage und würden andernfalls den Erholungsurlaub der Azubis

29 beanspruchen.

30

Eine entsprechende Regelung ist auch für Anwärter:innen zu schaffen.

31

- Der Freistellungsanspruch kann gem. § 2 Abs. 3 ThürBfG einmalig auf das kommende Jahr übertragen werden. Allerdings gilt die Einschränkung, dass dies nur nach vorheriger Ablehnung durch die Arbeitgeber:innen passieren kann. Wir fordern eine Öffnung dieser Übertragungsmöglichkeit hin zu einer echten Möglichkeit der Ansparung auf zwei Jahre. Dies soll ebenso für Auszubildende und Anwärter:innen gelten.

32

33

34

35

36

37

- Die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen regelt derzeit § 9 ThürBfG. Demnach müssen die Veranstaltungen der Träger:innen einzeln vom Ministerium anerkannt werden. Die Prüfvorgänge hierfür dauern mehrere Wochen und schrecken kleinere Träger:innen durch die Kostenpflichtigkeit ab. Wir wollen stattdessen, dass sich ganze Organisationen anerkennen lassen und dass die Anerkennungsverfahren kostenfrei ausgestaltet werden.

38

39

40

41

42

43

- Laut Aufzählung des § 8 Abs. 2 ThürBfG werden Veranstaltungen, die u.a. der sportlichen, künstlerischen und kunsthandwerklichen Betätigung dienen aus. Dabei sind es gerade diese Elemente, die auch zur persönlichen Weiterentwicklung beitragen. Die entsprechenden Einschränkungen im Gesetz sollen daher gestrichen werden.

44

45

46

47

48

Gemeinsam mit den Gewerkschaftsjugenden wollen wir diese Forderungen forcieren!

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.